

## **Zusammenfassende Darstellung zu „Politischer Neubeginn“**

Amerikanische Truppen überschritten den Rhein bei Oppenheim am 23. März 1945, am 10. April befand sich das ganze spätere Land Hessen in der Hand der amerikanischen Besatzungstruppen. Die regionalen "Detachments" der amerikanischen Militärverwaltung ernannten kurz nach dem Einmarsch provisorische Chefs für die deutsche Zivilverwaltung: in den preußischen Gebieten Hans Bredow als Regierungspräsidenten des "Bezirks Wiesbaden" (die bisherige Provinz Nassau, Nachfolger ab Sommer Martin Nischalke); Fritz Hoch als Oberpräsident der Provinz Kurhessen; im ehemaligen Volksstaat Hessen wurde Prof. Ludwig Bergsträsser Präsident einer "Regierung für die Provinz Starkenburg", die im Sommer mit Anschluß Oberhessens provisorisch zur "Deutschen Regierung des Landes Hessen" wurde. Das linksrheinische Rheinhessen und der nassauische Bezirk Montabaur wurden Ende Juni der französischen Besatzungszone zugeschlagen. Der Plan für die Restgebiete des ehemaligen Volksstaats und die preußische Doppelprovinz Kurhessen-Nassau (geplante Hauptstadt Marburg) zwei neue Länder einzurichten, wurde aufgegeben. Nach Anhörung deutscher Experten (Politiker, Vertreter von Gewerkschaften, Wirtschaft u.a.), nach Umfrageerhebungen und – gedrängt und bestärkt – durch Gutachten vor allem des Starkenburger Regierungspräsidenten Bergsträsser griff man auf die Neugliederungspläne der Weimarer Zeit zurück. Der US-Militärgouverneur Dwight D. Eisenhower gab am 19. September 1945 die Bildung eines neuen Landes "Groß-Hessen" bekannt.

Zur Hauptstadt wurde das – relativ wenig zerstörte – Wiesbaden bestimmt, in dem auch das "Office of Military Government for Greater Hesse" unter Oberst James R. Newman residierte. Die erste hessische Landesregierung wurde von der amerikanischen Militärregierung am 16. Oktober 1945 eingesetzt. Zum Ministerpräsidenten der Allparteienregierung berief die Militärregierung den parteilosen Heidelberger Rechtswissenschaftler Karl Geiler. Der Neubeginn des politischen Lebens hatte zwei Leitlinien: einmal die Zerschlagung und Kontrolle dessen, was vom NS-Regime übrig geblieben war; zum andern den Neuaufbau demokratischer Strukturen. Die während des "Dritten Reiches" in leitenden Positionen befindlichen Parteifunktionäre und Beamten wurden von der Besatzungsmacht abgelöst und interniert (das zentrale Lager für die US-Zone war in Darmstadt mit zeitweise 28.000 Inhaftierten belegt), außerdem sollte aufgrund des für die gesamte amerikanische Besatzungszone erlassenen "Gesetzes für die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus" (5. März 1946) die gesamte Bevölkerung mittels Fragebogen und Spruchkammern "entnazifiziert" werden. In Hessen waren davon 900.000 Menschen betroffen, bis Herbst 1948 wurden 168.234 Verfahren abgewickelt. Zum Neuaufbau freiheitlicher Kultur und demokratischen Bewusstseins gehören im kulturellen Bereich Amerikahäuser in den größeren Städten

(das erste 1946 in Frankfurt am Main eingerichtet), im politischen eine von den Besatzungsbehörden lizenzierte Presse (als erste in Deutschland erschien im August 1945 die "Frankfurter Rundschau", bis November 1945 weitere Tageszeitungen in allen größeren Städten Hessens). Daneben wurde "Radio Frankfurt" eingerichtet, das am 2. Oktober 1948 als "Hessischer Rundfunk" in deutsche Hände überging.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner hatten sich in vielen Städten spontan "antifaschistische Ausschüsse" gebildet, in denen hauptsächlich Vertreter der Arbeiterbewegung, zahlenmäßig dominiert von Kommunisten, sich zusammenfanden, um drängende Tagesaufgaben zu lösen. Gerade wegen dieser politischen Zusammensetzung wurden viele dieser Ausschüsse aber bald aufgelöst oder verboten, während antinazistische Bürgerkomitees, in denen sich eher Oppositionelle aus bürgerlichen Kreisen versammelten, als beratende Gremien geduldet wurden. Gleich im Sommer begannen sich auch vielfach, trotz des zunächst noch bestehenden Verbots, Anhänger früherer politischer Parteien zu treffen. Im August wurden dann auf Kreisebene, Ende des Jahres auf Landesebene politische Parteien offiziell zugelassen. SPD und KPD konnten an Organisation und Mitgliedschaft vor 1933 anknüpfen; Versuche, zu einer einheitlichen sozialistischen Partei zu kommen, kamen über lose Kontakte nicht hinaus und wurden, besonders nachdem in der in der sowjetischen Besatzungszone die KPD eine Vereinigung mit der SPD zur SED erzwungen hatte, in den Westzonen von der SPD rigoros abgelehnt. Im Sommer 1946 schloss die SPD auch in Hessen einige einheitswillige Funktionäre aus. Meist von früheren Anhängern des Zentrums gingen verschiedene Ansätze zur Bildung einer christlichen Partei aus, mit allerdings z. T. sehr weit divergierenden programmatischen Vorstellungen: waren es in Frankfurt linkskatholische, so in Wiesbaden eher konservativ-bürgerliche, in Fulda betont katholische, in Kassel eher ökumenisch christliche Positionen, während in Darmstadt die "Deutsche Aufbau-Bewegung" vor allem moralisch argumentierte. Das im November 1945 eingereichte Programm entsprach weithin den sozialistischen "Frankfurter Leitsätzen", doch das Bekenntnis zu einem "wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage" hatte für die politische Praxis der hessischen CDU zunehmend weniger Bedeutung. Auf Traditionen von DDP und DVP griffen verschiedene örtliche Neugründungen liberaldemokratischer Parteien zurück, die sich erst Ende Dezember 1945 zur Gründungskonferenz der landesweiten LDP in Frankfurt zusammenfanden. Politisch waren in ihr auch nationalkonservative Positionen vertreten, dominierend aber wurde, vor allem im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um den Art. 41 der Hessischen Verfassung, schließlich die wirtschaftsliberale Richtung. Am 11. Dezember 1948 wurde im hessischen Heppenheim aus verschiedenen frei- und liberaldemokratischen Parteien schließlich die westdeutsche FDP gegründet.

Das amerikanische Konzept sah vor, Demokratisierung in einem Prozess "von unten nach oben" einzuüben und gleichzeitig die politische Reife der Deutschen auf die Probe

zu stellen. Gegen Skepsis und Widerstand innerhalb der amerikanischen Verwaltung wie gegen organisatorische Bedenken der noch im Aufbau befindlichen deutschen Parteien wurden schon für Januar 1946 erste Wahlen auf Gemeindeebene angesetzt. So wurden am 20. und 27. Januar in den kleineren Gemeinden, am 28. April in den Landkreisen, am 26. Mai in den größeren Städten Gemeindevertreter, Kreistagsabgeordnete und Stadtverordnete gewählt. Aus politischen Gründen war den in Spruchkammerverfahren als "hauptschuldig" und "belastet" eingestuften das Wahlrecht entzogen worden (ca. 7% der Wahlberechtigten) und außerdem in den Kreistagen eine 15%-Hürde für das Erreichen eines Mandats vorgesehen. Aber sowohl die Wahlbeteiligung (85% in den Gemeinden, 75% in Kreisen und Städten) wie die Verteilung der politischen Mandate wirkte in dieser Hinsicht beruhigend, trotz eines relativ hohen Anteils ungültig abgegebener Stimmen (5,1%). In Kreisen und Städten kam die SPD im Landesdurchschnitt auf 43,2%, die CDU auf 36,9%, die KPD auf 9,3% und die LDP auf 7,3%. Auch die Wahlen für die Verfassungsberatende Landesversammlung am 30. Juni 1946 bestätigten, bei etwas niedrigerer Wahlbeteiligung (71%), das sich abzeichnende Vier-(nach 1970: Drei-)Parteien-System (SPD: 44,3%, CDU: 37,3%, KPD 9,7%, LDP 8,1%) und vor allem die bis 1987 andauernde Dominanz der Sozialdemokraten. Deren Versuch, aufgrund dieses Wahlergebnisses die Zusammensetzung der von den Amerikanern eingesetzten Regierung zu verändern, wurde allerdings von der Besatzungsmacht barsch zurückgewiesen. Die nach dem Willen der Amerikaner auszuarbeitende Verfassung kam als Kompromiss zwischen den beiden großen Parteien zustande. Die CDU erklärte sich schließlich mit einer Sozialisierung von Bergbau-, Eisen-, Stahl (aber nicht mehr der Chemie-) Industrie einverstanden, während die SPD der (möglichen, nie realisierten) Bildung einer Zweiten Kammer neben dem Landtag zustimmte. Auf Verlangen der – hier sehr widerstrebenden – Amerikaner musste der Art. 41 (Sozialisierung) einer gesonderten Volksabstimmung unterzogen werden. Am 1. Dezember 1946 fanden die Volksabstimmungen über Verfassung und Art. 41 sowie gleichzeitig die erste Landtagswahl in Hessen statt. Die Verfassung wurde mit 76%, der Artikel 41 mit 72% der Stimmen angenommen, wobei hier eine beträchtliche Zahl ungültiger Stimmen (12,8 bzw. 13%) abgegeben wurden. Die hessische Landesverfassung orientierte sich konsequent an Forderungen eines Sozialstaates: sie enthält das Recht auf Arbeit, das Streikrecht, erklärt die Aussperrung für rechtswidrig und schreibt Achtstundentag und 12tägigen Mindesturlaub fest. Die Zusammensetzung des Landtags zeigte insofern neue Wählertendenzen, als die KPD auf 10,7%, die LDP aber – vor allem wohl im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um den Art. 41 – auf 15,7% anstieg. Dominierend blieb weiterhin die SPD (42,7%), während die CDU nur noch 30,9% erreichte. Neuer Ministerpräsident wurde der Sozialdemokrat Christian Stock, der dem Kabinett einer großen Koalition aus vier Sozial- und vier Christdemokraten vorstand. Bestimmend für die Politik blieb die

Bewältigung der drängenden Alltagsprobleme: noch war keine Selbstversorgung mit Lebensmitteln in Hessen möglich, die Industrieproduktion knapp auf der Hälfte des Vorkriegsniveaus, die Wohnraumnot drückend und verschärft durch Hunderttausende von Zuwanderern (Flüchtlinge, Vertriebene, Evakuierte aus anderen deutschen Ländern). Doch wurden noch zwei bemerkenswerte Versuche politischer Reform unternommen. Der erste sollte über ein Betriebsrätegesetz die Mitbestimmung der Arbeitnehmer sichern und stieß nicht nur bei CDU und besonders LDP, sondern auch bei den Amerikanern auf enormen Widerstand. Nach intensiven Diskussionen, einer Massendemonstration in den größeren Städten, sogar einer Rücktrittsdrohung des Ministerpräsidenten Stock, rückte Gouverneur Clay am 19. August 1948 von der geplanten Suspendierung des gesamten Gesetzes ab, sondern genehmigte es in Hinsicht auf die soziale und personelle Mitbestimmung der Betriebsräte, während die Regelungen über wirtschaftliche Mitbestimmung suspendiert wurden bis zur Verabschiedung des gerade beratenen Grundgesetzes der Bundesrepublik. - Im zweiten Reformversuch, einer grundlegenden Schulreform, waren eher die Amerikaner die drängenden, während der hessische Kultusminister abwartete und abwehrte. Auf die Order des Militärgouverneurs Clay vom 10. 1. 1947 (als Direktive 54 vom Kontrollrat übernommen), das deutsche Schulsystem demokratisch umzugestalten (vor allem die traditionelle Dreigliedrigkeit durch eine Einheitsschule zu ersetzen), legte Kultusminister Stein (DCU) einen Entwurf vor, der in einigen Punkten amerikanischen Vorstellungen entsprach, allerdings nicht darin, eine gemeinsame sechsjährige Grundschule einzuführen. Als daraufhin die Militärregierung deren Einführung am 9.8. 1948 anordnete, reagierten Stein und die Landesregierung mit Verzögerungstaktik, denn die Widerstände insbesondere unter Eltern und Lehrern der höheren Schulen war enorm stark. Mit der Gründung der Bundesrepublik und der Einführung des Besatzungsstatuts endete die Kompetenz der Militärregierung in Erziehungsfragen. Im Landtag des Jahres 1950 zeigten CDU und SPD dann wenig Interesse für Steins weitere Entwürfe. Allein die 1946 schon proklamierte, in Art. 59 der Hessischen Verfassung dann festgeschriebene Schulgeld- und Lernmittelfreiheit blieb von den Reformansätzen in Hessen, wurden aber erst am 16. 2. 1949 vom Landtag als Gesetz verabschiedet. Weiteres Rudiment der Schulreform blieb das 1954 mit amerikanischer Unterstützung in Seeheim bei Darmstadt eingerichtete "Schuldorf Bergstraße", das als erste Gesamtschule in der Bundesrepublik alle Schulformen (vom Kindergarten bis zur Berufsschule) unter einem Dach zusammenfasste.

Thomas Lange

## **Der Historiker Jürgen Kocka zieht am Ende seines Aufsatzes 1945: Neubeginn oder Restauration folgendes Resümee:**

»Kapitalistische Restauration oder demokratischer Neubeginn?« hieß die Frage, die wir eingangs aufgegriffen haben. Im Ergebnis erweist sich das als falsche Alternative. Im Westen Deutschlands konnte es gar nicht zu einer kapitalistischen Restauration kommen, weil die privatwirtschaftliche Grundstruktur 1945 gar nicht gestört oder tiefgreifend verändert war. Es ist richtiger, von kapitalistischer – und bürokratischer – Kontinuität zu sprechen. Zum andern standen kapitalistische Kontinuität und demokratischer Neubeginn nicht im Gegensatz zueinander; sie schlossen einander nicht aus. Beides fand nebeneinander statt. Trotz jener fundamentalen Kontinuität des Wirtschaftssystems und der öffentlichen Bürokratie waren die Neuansätze und Kontinuitätsbrüche zahlreich und tief genug, um den durch totalitäre Diktatur, totalen Krieg, Zusammenbruch und Neuordnung bedingten Wendepunkt deutscher Geschichte von 1945 mindestens so tiefgreifend und folgenreich sein zu lassen wie die Wendepunkte 1918/19 und 1933. Allerdings trat dieser Neuansatz nicht sofort klar in Erscheinung; er brauchte gewissermaßen eine Inkubationszeit und neue Anstöße, um deutlich hervorzutreten: vor allem in den 60er und 70er Jahren. Deren Reformen und Reorientierungen wären ohne die Traditionsbrüche in Diktatur, Krieg und Zusammenbruch weniger griffig und einschneidend gewesen.

Durch jenen Wendepunkt der deutschen Geschichte ist hierzulande zum ersten Mal ein fast »normales«, den westlichen Ländern sehr ähnliches liberal-demokratisches System – zunehmend mit sozialdemokratischen Zügen – entstanden, und seit 1989/90 bemüht man sich, es nach Osten hin auszudehnen. Es hat all jene Probleme, die kapitalistisch-bürgerlichen Industriegesellschaften fortgeschrittenen Typs eigen sind: Probleme sozialer Ungleichheit und ihrer Infragestellung, Lenkungs- und Verteilungsprobleme bei nachlassendem Wachstum, Verweigerungsprobleme und Schwierigkeiten der Legitimation, langfristig die Belastung durch den Nord-Süd-Gegensatz und durch unbewältigte ökologische Probleme. Diese Schwierigkeiten teilt die Bundesrepublik mit den anderen westlichen Industriestaaten, wie auch die großen Vorzüge, die diesen Systemen im Vergleich zu allen anderen eigen sind.

Die für Deutschland spezifischen Belastungen der Demokratie, die hierzulande den Aufstieg und Sieg des Faschismus ermöglichten, scheinen abgeschwächt oder beseitigt zu sein. Das ist aber kein Grund, sich gegenseitig auf die Schulter zu klopfen. Zu hoch war der Preis, zu groß waren die Opfer, die für die späte Emanzipation eines großen Teils von Deutschland gezahlt wurden, und zwar nicht nur von den Deutschen selbst.

Und zum andern bleiben erhebliche Unsicherheiten. Immer wieder erinnert die Gegenwart an die auf jeden Fall verblaßten, aber vielleicht doch nicht verschwundenen Schatten der Vergangenheit. Gerade nach 1989/90 tauchen in Deutschland und Europa Mentalitäten und Strukturen wieder auf, die längst überwunden zu sein schienen: Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Andererseits beschleunigt sich der Wandel krisenhaft. Die alte Bundesrepublik wird schnell zur Geschichte. Die Wendepunkte, die einem am nächsten sind, lassen sich am schwersten beurteilen.

*Jürgen Kocka, 1945: Neubeginn oder Restauration? In: Wendepunkte deutscher Geschichte 1848 - 1990, hrsg. v. C. Stern und H.A. Winkler, Fischer TB, Frankfurt/IM. 1994, S. 191f*